



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates und der Stadtverwaltung, liebe Gäste!

Dies ist bereits meine 10. Haushaltsrede, und ich werde mich diesmal kurz fassen. Ich könnte es mir leicht machen und auf meine bisherigen Reden verweisen; denn das Resümee, welches ich auch heute ziehen muss, lautet: „Leider ist vieles beim Alten geblieben.“

**Der Haushalt wird auf Felge gefahren
und
der Haushalt ist nicht generationsgerecht.**

Dieser Haushalt setzt die Fehler der Vergangenheit fort, Spielräume in diesem Haushalt gab es nicht. Bedauerlicherweise aber sind in den Haushalten der nächsten Jahre auch keine positiven Perspektiven erkennbar. Wir GRÜNE wollen etwas anderes, sehen aber durchaus die Realität.

Daher, wenn noch Investitionen gemacht werden, so sind diese zukunftsorientiert und generationengerecht zu tätigen, wir dürfen den nächsten Generationen nicht noch mehr an Schulden übertragen.

Es reicht unserer Meinung nach nicht aus, auf die angeblich tollen Erfolge der Stadt zu verweisen, denn trotz der Verhinderung eines Haushaltssicherungskonzeptes wurden

weitere Schulden gemacht. Die Rücklagen wurden nahezu aufgebraucht und ein ernst zu nehmendes Konzept für eine schuldenfreie Stadt fehlt.

Zwei Ereignisse aus diesem Jahr haben nachhaltige Bedeutung für Hennef.

Auf der einen Seite die Katastrophe im Atomkraftwerk von Fukushima; endlich ist auch bei der breiten Masse die Nichtbeherrschbarkeit von Nuklearmaterial deutlich geworden. Nicht in einem Entwicklungsland, sondern in einem der führenden Industrieländer ist es zu einem weiteren Gau, nach Harrisburg USA 1979 und Tschernobyl Sowjetunion 1986, gekommen. Die politische Entscheidung Deutschlands, sich nun endgültig von dieser Technologie zu verabschieden und sich in Richtung alternativer Energieformen zu bewegen, hat plötzlich in Hennef zu einer breiten Diskussion in der Frage der Energiealternativen geführt. Dabei ist es zu einem wahren Sturm der energiepolitischen Ideen und Anträge gekommen. Jede Partei/Fraktion wollte die Erste sein, alle haben sich mit Ideen überschlagen, Windkraft hier, Solarlicht dort. Wir, die GRÜNEN, sehen mit großer Freude die Zuwendung zu diesem Thema, denn wir haben dieses immer schon als eines der zentralen Zukunftsthemen angesehen. Wir werden dabei sehr genau darauf achten, dass nicht konzeptlos agiert wird. Deshalb haben wir im zuständigen Ausschuss auch einen Antrag eingebracht, der als erstes Fachleute mit der Erstellung eines Gesamtkonzepts beauftragt. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine ganzheitliche Betrachtung dieses Themas nicht durch die Mitarbeiter der Verwaltung leistbar sein wird. Wir, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wollen ein Energiepuzzle für Hennef. Ein Mix, das alle Ansätze zur Gewinnung von Energie beinhaltet. Auch wollen wir Möglichkeiten ausgelotet wissen, bezüglich der Frage von Bürgerbeteiligungen, bspw. in Form einer Energiegenossenschaft als Träger einer solchen Anlage.

Auf der anderen Seite stehen die Eurokrise bzw. Griechenland. Griechenland steht als Beispiel, welche Folgen eine Verschuldung / Überschuldung letztendlich verursacht. Die Hilflosigkeit ganz Europas in dieser Krisenfrage ist täglich hinlänglich den Medien zu entnehmen. Wie bereits

angesprochen, Hennef lebt von seiner Substanz und macht weiter Schulden. Wir wollen nicht, dass es in Hennef zu vergleichbaren Zuständen wie in Griechenland kommt. Wir GRÜNE machen es uns an dieser Stelle nicht so einfach und lehnen den Haushalt ab, nein, wir erkennen durchaus die Bemühungen der Mehrheitsfraktionen an. Der Haushalt ist unter der gegebenen Bedingungen solide gerechnet worden und in sich schlüssig. Aber es muss anmerkt werden, dass die Ursachen für diesen Haushalt in der Vergangenheit liegen. Es darf nicht wieder passieren, daher werden wir auch in Zukunft hier kritisch und aufmerksam bleiben. Investitionen, ja, notwendig, richtig, aber sind sie generationsgerecht, sind sie nachhaltig, hier werden wir die Mehrheitsfraktionen und die Verwaltung ständig hinterfragen und prüfend begleiten.

An dieser Stelle sei die Frage nach einem Bürgerhaushalt nochmals zu stellen. Bereits im letzten Jahr haben wir deutlich gemacht, dass wir eine Bürgerbeteiligung wollen. Nun könnte man sich zurücklehnen und sagen, es waren ja nicht einmal 20 Anträge, die auch noch nicht einmal gedeckt waren. Nein, so wollen und werden wir dies nicht bewerten, wir sagen, wie in der letzten Hauptausschusssitzung formuliert, lasst uns die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Form und Art verbessern. Wir sind der Meinung, dies ist die von den Bürgerinnen und Bürgern gewünschte Form der Transparenz. Ich erinnere hier nur an die Erfolge der Piraten in Berlin, fast allein mit der Forderung nach mehr Transparenz in der Politik einer stärkeren Bürgerbeteiligung.

Nicht unerwähnt sollen die personellen Veränderungen innerhalb unserer Fraktion bleiben. Auch wenn meine Vorredner hier bzw. an anderer Stelle von Kinderstreitigkeiten bei den GRÜNEN sprechen oder wie auch immer sie es bezeichnen, festzuhalten ist, dass wir die Bedeutung einer Fraktionsmitgliedschaft und die damit verbundenen Rechte sehr schätzen. Wie sauber und rechtlich korrekt der Fraktionsausschluss stattfand, zeigt die Tatsache, dass die Ausgeschlossenen keine Rechtsmittel eingelegt haben. Fraktionsmitglied alleine zu sein, bedeutet nicht nur den Besitz von Rechten, sondern auch die Übernahme von Pflichten; damit ist dazu alles gesagt.

Zeitlich parallel fand dann noch der Fraktionswechsel von Christina Schramm statt, auch hier hat die Fraktion mit großer professioneller Ruhe und Gelassenheit gearbeitet.

Diese personellen Veränderungen haben für die entsprechende Konzentration auf die eigentliche Arbeit, die der politischen Arbeit, gesorgt.

Eine Vielzahl von Anträgen und Anfragen haben wir gestellt und damit die Politik Hennefs kritisch, aber auch konstruktiv, begleitet.

Am Ende meiner diesjährigen Haushaltsrede möchte ich aber noch auf die Rede des Bürgermeisters vom 10.10. dieses Jahres eingehen. In dieser Rede zur Haushaltseinbringung sprach der Bürgermeister von so genannten „massiven Störfeuern des Landes“ die Hennefs Politik betreffen.

Störfeuer eins: Die ablehnende Haltung des Landes zur Ortsumgehung Uckerath. Von welchem Störfeuer ist hier die Rede? Ganz im Gegenteil, jetzt herrscht endlich Planungssicherheit. In einer Demokratie gehört es auch dazu, zu akzeptieren, wenn eine Entscheidung anderes ausfällt, als man sie sich eventuell gewünscht hätte. Wenn die Ortsumgehung Uckerath als nachrangig bezeichnet wird, dann liegt dies alleinig daran, dass andere Straßenbauprojekte in NRW als vorrangig zu bezeichnen sind. Politik muss transparent und ehrlich sein, daher ist es nur fair, wenn von der Landesregierung klar gesagt wird, was machbar und was nicht machbar ist.

Störfeuer zwei: Es ist doch eine Lachnummer, wenn der Bürgermeister beim Thema der Einrichtung der Lärmschutz-zonen um den Köln-Bonner Flughafen heute von einer Einschränkung der Planungshoheit im Zentrum Hennefs spricht. Der Bürgermeister selbst hat sich vor vier Jahren noch aktiv für die Aufnahme Hennefs in das Lärmschutzprogramm stark gemacht. Statt zu kritisieren, dass der Zentralort ins Programm aufgenommen wurde, müsste der Bürgermeister richtigerweise bemängeln, dass nicht ganz Hennef in das Programm aufgenommen wurde. Wenn der Bürgermeister es damals ehrlich mit seiner Forderung gemeint hatte, dann hätte er zumindest die teilweise Aufnahme Hennefs in das Programm als Erfolg herausstellen müssen. Die breite Betroffenheit bei der Hennefer Bevölkerung bezüglich der Lärmemissionen durch den Flug-

hafen Köln/Bonn macht gerade die rege Beteiligung an der durchgeführten Unterschriftensammlung der Lärmschutzgemeinschaft deutlich.

Störfeuer drei: Umverteilung der Landeszuweisungen. Hier erinnere ich nur daran, dass wir es waren, die gegen die eigene Landesregierung eine Resolution formulierten und dem Rat zur Verabschiedung vorlegten. Erst die massiven Proteste vieler Kommunen führten zu einer Korrektur. Und wir hatten Erfolg, Hennef bekommt wesentlich mehr Geld als noch bei der Einbringung dieses Haushalts angenommen. Aber es darf nicht vergessen werden, dass es in NRW viele wirklich arme Kommunen gibt, und hier kann es nur eine Form der Solidarität geben. Die lautet: Die Reichen geben den Armen und alle verbrauchen weniger. Also auch kein Störfeuer, sondern ein anderer Ansatz von solidarischer kommunaler Politik.

Wir wollen deshalb am Ende deutlich noch einmal sagen, dass wir dem diesjährigen Haushalt zwar kritisch gegenüber stehen, aber dennoch zustimmen werden.

Zum Schluss wünschen wir allen hier anwesenden Mitgliedern des Stadtrates und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2012.

Mit adventlichen Grüßen

Matthias Ecke